



Der Menschenrechtsbeirat  
der Stadt Graz

## Gutachten: Wahlkampfbeobachtung 2017

### Frauen und Geschlechtergerechtigkeit

Die Diskurse der Parteien sind hinsichtlich der Wahrnehmung des Themas, Gleichstellung von Frauen und Männern, unterschiedlich. Einerseits werden Frauen als eigene Zielgruppe angesprochen, Maßnahmen für Frauen und Mädchen angeführt, geschlechtersensible Maßnahmen auch für Burschen gefordert, andererseits werden Maßnahmen formuliert, die sich gleichermaßen an Frauen und Männer richten, auf Grund der bekannten Lebensbedingungen tendenziell eher für Frauen chancengleichheitsfördernd wirken (z.B. Vereinbarkeitsmaßnahmen). Die Verwendung der Sprachformen wie generisches Maskulinum, geschlechtsneutrale und geschlechtergerechte Schreibweise sowie die Underline-Schreibweise können Hinweise auf die Wertigkeit von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung geben. Sexuelle Orientierung und ethnische Zugehörigkeit (Migrationshintergrund) werden zusätzlich als Kriterien für die (Nicht-)Inanspruchnahme von Maßnahmen oder Rechten eingeführt.

**Die KPÖ** widmet Frauen ein eigenes Kapitel in ihrem Programm: Ein gerechtes Leben für alle Frauen! Die Maßnahmen sind vielseitig, geschlechtssensible Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich, bei der Stadtplanung, Gleichstellung fördernde Maßnahmen im Arbeitsbereich sind angeführt. Darüber hinaus wird auch die Förderung von Einrichtungen und Projekten angesprochen, die Frauen unterstützen. Sexismus soll in allen Lebensbereichen geahndet werden. Maßnahmen für Frauen mit Migrationshintergrund werden ebenso gefordert, wie Väterkarenz für Männer.

**Die FPÖ** verwendet ausschließlich das generische Maskulinum. In ihrem Programm sieht sie Frauen als Mütter im traditionellen familiären Kontext. Innerhalb des vorgelegten Familienmodells richtet sich die Entscheidungskompetenz bzw. Wahlfreiheit für verschiedene Lebensmodelle explizit an Frauen und Mütter.

Als Unterstützungsmaßnahmen wird die Einführung eines Müttergehalts für österreichische Staatsbürger (sind Staatsbürgerinnen gemeint?), die Anhebung des Kinderbetreuungsgeldes auf das Niveau der Mindestsicherung, die bessere pensionsrechtliche Absicherung von erziehenden Eltern, der Ausbau der verschiedenen Formen der Kindesbetreuung, deutliche Steuererleichterungen für Haushalte mit mehreren Kindern angeführt. Zusätzlich zur Rolle als Mutter ist diese auch an eine bestimmte ethnische Herkunft verknüpft, da die Familie abendländische Kultur garantieren soll. Heterosexualität ist erwünscht, da Adoption gleichgeschlechtlichen Paaren rechtlich nicht zugestanden wird.

**Die SPÖ** stellt fest, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht ist. Ihr Programm umfasst unterschiedliche Fördermaßnahmen für Mädchen und Frauen im Bildungs- und Arbeitsbereich. Die Stadt Graz und ihre Tochterunternehmen sollen als Vorbild dienen, zB bei Regeln für die Besetzung von Führungs- und Entscheidungspositionen, den Erfolg von gemischtgeschlechtlichen Teams sichtbar machen. Die SPÖ forciert den Ausbau der Kinderbetreuung, Mädchenförderung in nicht frauentypischen Berufen, Gewaltschutz- und Präventionsarbeit, Beratungs- und Infoangebote für Frauen, Wiedereinsteigerinnen-Programme und nennt das „Haus Graz“ als Vorbild für die Forcierung von Frauen in Führungspositionen, die Erhöhung des Arbeitsausmaßes, um von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung zu kommen. Förderprogramme für Mädchen mit Migrationshintergrund hält die SPÖ auch hinsichtlich Bewusstseinsbildung bzgl. Gleichstellung und Frauenrechte für wichtig, ebenso Genderbudgeting als strukturierende Maßnahme im öffentlichen Bereich.

**Das Programm der ÖVP** ist nahezu durchgängig geschlechtsneutral und geschlechtergerecht formuliert. Eigene Förderprogramme für Frauen werden nicht erwähnt, wie wohl Maßnahmen angeführt sind, die auch die Chancengleichheit von Frauen fördern können, beispielsweise Ausbau der Kinderkrippen und Kindergartenplätze, die leistbar und sozial gestaffelt sind, flexible Stundenbetreuung, Talentförderung

**Die Grünen** setzen sich ergänzend zur ihrer grundsätzlichen Haltung gegen Diskriminierung ein. Geschlechtergerechte Sprache wird im Programm verwendet. Maßnahmen werden angeführt, die für Frauen zur Chancengleichheit beitragen können (z.B. Flexible Kinderbetreuung), werden jedoch nicht als eigene Zielgruppe extra angesprochen. Sie setzen sich gegen Sexismus ein.

**Die Partei Neos** benutzt in ihren Formulierungen die Underline-Schreibweise, was auf ein weiteres Verständnis von Geschlecht hinweist. Darüber hinaus keine Informationen gefunden.

Geschlechtergerechtigkeit wird bei den **Piraten** nicht klar angesprochen.

**Tatjana Petrovic** fordert die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft, in Familie und Beruf und Maßnahmen der Familienpolitik wie Vaterschaftsurlaub, Kurse, Aufklärungsprojekte für Männer und stärkeres Engagement der Väter in Erziehung und Hausarbeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Form soll durch abwechselnde Phasen von Erwerbs- und Familienarbeit ermöglicht werden.

Verallgemeinernd fällt die Kritik an Powerfrauen aus, weil sie Druck machen. Offen bleibt, ob das geforderte Anrecht auf Pension ab 3 Kindern für Frauen und Männer gilt.

**Einsparkkraftwerk:** keine diesbezüglichen Informationen gefunden

**WIR,** die unabhängige Bürgerliste: keine diesbezüglichen Informationen gefunden

## **Bewertung**

Der Zugang der Parteien ist unterschiedlich. Während KPÖ, SPÖ, T. Petrovic verschiedene einzelne Maßnahmen mit dem Ziel der Gleichstellung anführen, werden Frauen bei ÖVP, Grünen, Piratenpartei als Zielgruppe nicht explizit angesprochen. Im Programm der FPÖ werden Frauen ausschließlich im Zusammenhang mit Ehe, Kindern und einem traditionellen Familienkonzept erwähnt.

Die Diskurse sind unterschiedlich, jedoch innerhalb menschenrechtlicher Anforderungen. **Somit wären für alle erwähnten Parteien grüne Ampeln zu vergeben.** Dass dennoch der **Diskurs der FPÖ betreffend Frauen und Geschlechtergerechtigkeit mit gelb bewertet** wird, ergibt sich auf Grund der (im Programm durchgängigen) Bevorzugung österreichischer Staatsbürger[innen]. Die FPÖ spricht sich auch gegen die Gleichstellung für homosexuelle Partnerschaften mit der Ehe aus, das Adoptionsrecht soll Ehepaaren vorbehalten sein.